



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur Bahnreform und zum Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

In Schleswig-Holstein hat der Verkehrsträger Bahn durch die konsequente Wettbewerbspolitik der Landesregierung in den letzten Jahren sein Nahverkehrsangebot erheblich verbessern und damit an Attraktivität gewinnen können. Dennoch sind weiterhin Defizite in der Modernisierung der Schieneninfrastruktur festzustellen, an deren Beseitigung weitergearbeitet werden muss.

1.
Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Bahnpolitik der Landesregierung, die mit Erfolg auf Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr setzt. Er begrüßt, dass die Landesregierung die bahnpolitischen Ziele im Landesverkehrsprogramm (LVP) und im Landesweiten Nahverkehrsplan 2003 – 2007 (LNVP) konkretisiert hat.
2.
Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält es für erforderlich, den Ländern zukünftig ein höheres Mitspracherecht beim Einsatz von Bundesmitteln in die Schieneninfrastruktur zuzubilligen.
3.
Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzt sich für eine Anhebung des Finanzierungsanteils für regionale Schienenstrecken bei den Ausgaben des Bundes für die Schieneninfrastruktur ein:

4.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Qualität des SPNV auf den Hauptstrecken, wie Lübeck-Hamburg oder Kiel-Hamburg, weiter verbessert werden muss. Die Pünktlichkeit und die Attraktivität der Fahrzeuge sind deutlich zu steigern. Mängel der Infrastruktur müssen beseitigt und das Netzmanagement weiter optimiert werden.

5.

Um die Attraktivität des SPNV für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern, hält der Schleswig-Holsteinische Landtag die Umsetzung folgender Forderungen für unerlässlich:

- Der Ausbau der Schieneninfrastruktur und die Sicherung und Verbesserung der Netzqualität haben weiterhin hohe Priorität.
- Die Rechte der SPNV-Aufgabenträger müssen gestärkt werden. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält es für notwendig, im Rahmen der anstehenden Gesetzesänderungen die Rechte der Aufgabenträger gegenüber den Verkehrsinfrastrukturunternehmen dadurch zu verbessern, dass Gewährleistungsansprüche gegenüber dem Netzbetreiber geltend gemacht werden können.
- Es ist mehr Transparenz hinsichtlich der Kosten für Ausbau und Betrieb des Netzes und der Stationen zu schaffen.
- Zur Fortsetzung einer zukunftsfähigen Bahnreform sind weitergehende Maßnahmen zur Neustrukturierung der DB AG erforderlich.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, diese Aspekte insbesondere in die anstehenden Beratungen zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften einzubringen.

6.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet ferner, dass die Rechte der Fahrgäste verbessert und die Vertriebsstruktur im Sinne einer wettbewerbsfreundlichen und betreiberneutralen Lösung optimiert werden; dies betrifft insbesondere den Fahrkartenverkauf und die Fahrplanauskünfte, die derzeit überwiegend über die DB AG erfolgen.

7.

Die DB AG wird darüber hinaus aufgefordert, ihre Fahrplan- und Tarifgestaltung im Fernverkehr sehr rechtzeitig mit den Ländern als Aufgabenträger des SPNV und den Tarifverbänden abzustimmen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet, dass die Anbindung des Landes und seiner Ferienregionen an den Fernverkehr gesichert bleibt und weiter optimiert wird.

8.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet auch von der DB Netz AG, dass für den Erhalt wie für den weiteren Ausbau des Streckennetzes in Schleswig-Holstein weitere Anstrengungen unternommen werden:

- Er fordert insbesondere, dass die DB Netz AG die Bauarbeiten für die Elektrifizierung der Strecke Travemünde-Lübeck-Hamburg unverzüglich ausschreibt und in Auftrag gibt.
- Auch der Ausbau der Strecke Kiel-Lübeck duldet keinen Aufschub; die Maßnahme könnte kurzfristig begonnen werden, da der Abschluss der Planung kurz bevor steht.

- Der im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vorgesehene dreigleisige Ausbau der Strecke Pinneberg-Elmshorn sowie die Modernisierung und der Ausbau des Bahnhofes Elmshorn sind zügig umzusetzen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet, dass die Hochbrücken in Rendsburg und Hochdonn im vorgesehenen Zeitrahmen saniert und die Langsamfahrstellen, insbesondere auf der Marschbahn sowie auf der Strecke nach Flensburg, zügig beseitigt werden. Ferner fordert der Landtag, dass mit der Planung eines Ersatzbauwerkes der Hochbrücke in Rendsburg zügig begonnen wird. Zudem ist auch der Ausbau der Strecke Neumünster-Kaltenkirchen-Norderstedt-Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel-Hamburg-Hauptbahnhof aufzunehmen, um die Stadt Norderstedt anzuschließen.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert in diesem Zusammenhang eine zügige Bereitstellung der Bundesmittel zur Finanzierung der Ausbauinvestitionen für den Schienenverkehr und die entsprechende Aufnahme der Projekte in die Planungs- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen Land und DB Netz AG.

9.

Bei der Fortsetzung der Bahnreform ist zu gewährleisten, dass die öffentliche Hand weiterhin entscheidenden Einfluss auf Ausbau und Unterhaltung der Schieneninfrastruktur hat.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Forderung der „Task Force Schiene“ nach Einrichtung einer diskriminierungsunabhängigen Trassenagentur und bestärkt die Bundesregierung in ihrer Absicht, eine solche Agentur einzurichten.

Vor einem Börsengang der DB AG ist sicherzustellen, dass die Verfügbarkeit, die Instandhaltung und der Ausbau der Netze sowie die Anbindung an den Fernverkehr auch in der Fläche gesichert werden. Dazu ist auch die Trennung von Netz und Betrieb anzustreben. Dabei verbleibt das vom Betrieb getrennte Netz im Eigentum der öffentlichen Hand.

10.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält Transparenz bei den Trassenpreisen und eine verstärkte Einflussnahme des Landes auf Unterhaltung und Ausbau des regionalen Schienennetzes für geeignete Maßnahmen, um den SPNV kostengünstiger und zuverlässiger gestalten zu können. Als Ziel ist eine Regionalisierung der Infrastruktur anzustreben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Position der Landesregierung, ausgewählte Nahverkehrsstrecken in eine regionale Trägerschaft zu überführen, um auf diese Weise Effizienz und Qualität des Netzes zu erhöhen und den anforderungsgerechten Ausbau des Netzes zu beschleunigen.

Klaus-Dieter Müller
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion